

ORH-Bericht 2006 TNr. 22

Verwendung von Staatsmitteln durch den Bayerischen Landes-Sportverband e. V.

Jahresbericht des ORH

In den letzten Jahren hat der Bayerische Landes-Sportverband e. V. erhebliche Fördergelder nicht zweckentsprechend verwendet. Bei einer Umsetzung der Anregungen des ORH könnten mehrere Millionen Euro vor allem dem Sportbetrieb der Fachverbände zusätzlich zur Verfügung stehen.

Beschluss des Landtags

vom 17. April 2007
(Drs. 15/7950 Nr. 2 g)

Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht sicherzustellen, dass der Bayerische Landes-Sportverband e. V. die staatlichen Fördergelder künftig in vollem Umfang zweckentsprechend verwendet und die vom ORH aufgezeigten Verbesserungsmöglichkeiten weiterhin umsetzt. Dem Landtag ist bis 30.11.2007 zu berichten.

Stellungnahmen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 26.11.2007
(V.5-5K 7302-3.102 337),
vom 06.02.2009
(V.5-5 K 7300/1/12)
und vom 17.03.2009
(V.5.5 K 7300/1/14)

Mit Zwischenbericht vom 26.11.2007 hat das Staatsministerium angekündigt, die Personal- und Sachkosten der Staatsmittelabteilung einer besonders sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Personalkostenanteile und Sachkosten sollen künftig transparent und pauschaliert vom BLSV nachgewiesen werden. Hinsichtlich der Abrechnung von Lehrgängen und Tagungen der einzelnen Fachverbände beabsichtigte das Ministerium, die Ergebnisse der Jahre 2006 und 2007 zu prüfen und sodann mit dem BLSV weitere Schritte zu erörtern.

Das Staatsministerium hat mit weiterem Zwischenbericht vom 06.02.2009 mitgeteilt, dass es dem BLSV in den nächsten fünf Jahren einen Pauschalbetrag in Höhe von jährlich 780.000 € für Personal- und Sachaufwand zur Verfügung stellen werde.

Mit Schreiben vom 17.03.2009 hat das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem ORH erklärt, dass die Angelegenheit nunmehr erledigt sei.

Anmerkung des ORH

Der BLSV hat einen Großteil der Empfehlungen des ORH umgesetzt. Dem Anliegen des ORH wurde Rechnung getragen.

**Beschluss des Ausschusses für
Staatshaushalt und
Finanzfragen** Kenntnisnahme.
vom 28. Mai 2009